Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

123 (30.5.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belagblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 123 — Montag, den 30. Mai 1932 — 103. Jahrgang

Gesamtrücktritt der Reichsregierung

Bei seinem heutigen Empfang beim Reichspräsidenten hat der Reichskanzler Dr. Brüning den Gesamtrücktritt der Reichsregierung überreicht.

*

Der Reichspräsident wieder in Berlin

Berlin, 29. Mai. Reichspräsident v. Hindenburg ist Sonntag morgen um 7 Uhr mit dem fahrplanmäßigen Zuge aus Ostpreußen auf dem Bahnhof Friedrichsstraße wieder in Berlin eingetroffen.

Vortrag des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten

Berlin, 29. Mai. Reichspräsident von Hindenburg empfing heute Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag über die gesamte politische Lage. Der Vortrag wird Montag 12 Uhr fortgesetzt werden.

Die Gegensätze zwischen Brüning und Hindenburg unüberbrückbar.

T.U. **Berlin**, 29. Mai. Obgleich von amtlicher Stelle über den Inhalt der Unterredung zwischen Reichskanzler Dr. Brüning und dem Reichspräsidenten von Hindenburg Stillschweigen bewahrt wird, beurteilt man, wie die Telegraphen-Union erfährt, in gutunterrichteten Berliner Kreisen das Ergebnis der Aussprache pessimistisch. Die Tatsache, daß die Aussprache nur von kurzer Dauer war und abgebrochen worden ist, gibt zu der Annahme Anlaß, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler sehr erheblich sind. Die Frist bis zum Montag dürfte daher gewünscht worden sein, um weitere Ueberlegungen anzustellen. Es scheint jedoch sehr zweifelhaft, ob sich die Gegensätze zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler überbrücken lassen. In gutunterrichteten Kreisen hält man es daher für wahrscheinlich, daß der Reichskanzler am Montag seinen Rücktritt einreichen wird.

*

Entgegen der obigen Ansicht werden in Kreisen, die dem Kanzler nahestehen, diese Mitteilungen bestritten. Es wird vielmehr betont, daß durchaus die Hoffnung bestünde, daß die Gegensätze zwischen dem Reichskanzler und dem Reichspräsidenten aufzuräumen seien, und der Ansicht Ausdruck gegeben, daß es zu keinem Rücktritt des Kanzlers kommen werde.

*

Kabinettssitzung vor der Entscheidung.

T.U. **Berlin**, 30. Mai. In der für heute vorgesehenen zweiten Aussprache zwischen dem Reichspräsidenten und dem Kanzler will, wie die „Montagspost" meldet, Reichskanzler Dr. Brüning unter allen Umständen die Entscheidung über die weitere Reichspolitik herbeiführen. Er dürfte im heutigen Vortrag feststellen, ob er noch das völlige Vertrauen des Reichspräsidenten genießt und, falls diese Frage nicht eindeutig geklärt wird, würde das gesamte Kabinett Brüning die Konsequenzen ziehen. Der Reichskanzler werde vor allem zu erklären haben, wie weit die Möglichkeit einer praktischen Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten besteht und welche wirtschaftlichen innen- und außenpolitischen Folgen ein solcher Kurswechsel haben würde. Dabei spiele nicht nur die Rücksicht auf Lausanne eine erhebliche Rolle, sondern auch die im Falle eines Kurswechsels unvermeidbare Notwendigkeit baldiger Reichstagswahlen. Da der Reichskanzler für seine Mitteilungen an den Reichspräsidenten und für die heutige Entscheidung in jedem Fall eine einheitliche Auffassung seiner Mitarbeiter herbeiführen wolle, habe er auf Vormittag 10 Uhr, also vor seinem Besuch beim Reichspräsidenten, eine Kabinettssitzung anberaumt.

Kurze Tagesübersicht

Reichspräsident von Hindenburg, der am Sonntag früh aus Ostpreußen in Berlin eintraf, empfing den Reichskanzler zur Aussprache über die politische Lage. Sie wird am Montag fortgesetzt.

*

Der Reichskanzler sprach auf einer Presseveranstaltung über die Arbeitslosigkeit als dringlichste und schwerste Aufgabe.

*

Am Dienstag tritt der Aeltestenrat des Reichstags zusammen, um über die Anträge auf Wiedereinberufung des Reichstags zu entscheiden.

*

Eine Verordnung des Reichsarbeitsministers bezweckt die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes bei landwirtschaftlicher Siedlung.

*

Am Sonntag fanden in Oldenburg die Landtagswahlen statt, die ruhig verliefen.

*

Präsident Hoover hat einen großzügigen demokratischen Arbeitsbeschaffungsvorschlag wegen Gefährdung des Staatshaushaltes energisch zurückgewiesen.

*

Der kommende französische Ministerpräsident Herriot äußert sich in der Lyoner Zeitung „Democrate" über Deutschland und die letzten Reden des Reichskanzlers, von denen er sagt, sie seien nicht so, daß sie die Aufgaben der Unterhändler in Lausanne erleichterten. Auch Painleve vertrat in einer Rede in Rouen die bekannte französische Forderung auf Sicherheit vor der Abrüstung.

*

Der „Reynold News" zufolge sollen drei der bekanntesten internationalen Bankhäuser in London vor dem Zusammenbruch stehen.

*

Das internationale Eifelrennen der A.D.A.C. wurde von dem deutschen Meisterfahrer Caracciola auf Alfa Romeo gewonnen. Zweiter wurde Dreyfuß auf Bugatti. Die Großstaffel Potsdam-Berlin wurde am Sonntag zum 25. Mal gelaufen und, wie im Vorjahr, vom Berliner Polizeisportverein gewonnen.

*

Die dauernden Regenfälle haben zu einer weiteren Ausdehnung der Ueberschwemmungen in Mittelengland geführt. Viele Dörfer sind von der Umwelt abgeschnitten.

Die Wahlen in Oldenburg

Der Wahlsonntag in Oldenburg.

T.U. **Oldenburg**, 29. Mai. Vor genau einem Jahr hatte der Freistaat Oldenburg einen ähnlichen politischen Sonntag wie heute. Das damals gewählte Parlament, in dem sich Links und Rechts die Waage hielt, erwies sich jedoch als nicht arbeitsfähig, sodaß ein nationaler Volksentscheid die heutige Neuwahl des Landtages herbeiführte. Der Wahlkampf wurde von den Nationalsozialisten mit Einsatz aller Kräfte durchgeführt, weil die Entscheidung unter Umständen von einem Mandat abhängt. Tatsache ist, daß die Bedeutung der Wahl im Rahmen der innerpolitischen Entscheidungen in Deutschland bis ins letzte Dorf hinein erkannt wurde. Daraus erklärt sich auch die bisher außerordentlich rege Wahlbeteiligung in der Landeshauptstadt sowohl als auch in den verschiedenen Bezirken des Landesteiles Oldenburg, die bis zur Mittagsstunde teilweise bereits über 60 v. H. der Wahlberechtigten erreicht hat. Am Nachmittag schwächte starker Gewitterregen den Besuch der Wahllokale erheblich ab. Die Polizeiorgane befinden sich seit heute früh in erhöhter Dienstbereitschaft, jedoch haben sich Zwischenfälle bisher nicht ereignet.

In politischen Kreisen rechnet man damit, daß es den Nationalsozialisten und Deutschnationalen gelingen wird, die absolute Mehrheit zu erreichen und das vom Zentrum gestützte Beamtenkabinett Driver-Willers-Cassebohm durch ein Ministerium der nationalen Opposition abzulösen. Damit wäre Oldenburg nach Braunschweig das zweite Land, in dem das Zentrum seiner Schlüsselstellung verlustig gehen würde.

Das vorläufige amtliche Gesamtergebnis.

T.U. Oldenburg, 29. Mai. Das vorläufige amtliche Gesamtergebnis der Landtagswahl für den Freistaat Oldenburg lautet:

D.N.V.P.	15 029	(12 629)
S.P.D.	50 987	(54 878)
S.A.P.	1 464	(224)
K.P.D.	15 590	(18 935)
Nationale Vereinigung	2 398	(15 012)
Staatspartei	6 213	(8 513)
Landvolk	5 987	(5 405)
N.S.D.A.P.	131 525	(97 778)
Zentrum	42 114	(46 192)

Zum Ergebnis in Oldenburg.

T.U. **Berlin**, 30. Mai. Die wenigen am Montag früh erscheinenden Zeitungen nehmen nur kurz zu dem Ergebnis der Oldenburger Landtagswahlen Stellung. Die „Montagspost" stellt fest, daß das Gesamtbild als auffallendste Tatsache die vollständige Zertrümmerung der in der Nationalen Vereinigung zusammengeschlossenen Deutschen Volkspartei und Wirtschaftspartei zeige. Der „Montag" hebt hervor, daß das Zentrum trotz der größeren Wahlbeteiligung ziemlich erheblich verloren habe. Das sei für das Zentrum in diesem Land von besonderer Bedeutung. Das Blatt weist weiter darauf hin, daß die Nationalsozialisten infolge des günstigen Abschneidens bei der Mandatsverteilung mit ihren 24 von insgesamt 46 Mandaten die Möglichkeit haben, die Regierung in Oldenburg allein zu bilden.

Absolute Mehrheit der N.S.D.A.P. im Oldenburger Landtag.

T.U. **Oldenburg**, 29. Mai. Die Zusammensetzung des neugewählten Oldenburger Landtages wird auf Grund der amtlichen Errechnung folgende sein:

D.N.V.P.	2	(2)
S.P.D.	9	(11)
S.A.P.	—	(—)
K.P.D.	2	(3)
Nationale Vereinigung	—	(2)
Staatspartei	1	(1)
Landvolk	1	(1)
N.S.D.A.P.	24	(19)
Zentrum	7	(9)
zusammen	46	(48)

Die Herabsetzung der Mandatszahl von 48 auf 46 hängt mit dem veränderten Wahlteiler zusammen, der sich aus der Wahlbeteiligung ergibt.

Die Pressestelle der Reichsleitung der N.S.D.A.P. zum Erfolg in Oldenburg.

T.U. **München**, 29. Mai. Zum Oldenburger Wahlergebnis schreibt die Pressestelle der Reichsleitung der N.S.D.A.P.: „Die N.S.D.A.P. hat bei der heutigen Oldenburger Landtagswahl die absolute Mehrheit von sämtlichen Mandaten erobert. In der Entscheidungsstunde des Kabinetts Brüning hat das Volk gesprochen und Recht und Anspruch der N.S.D.A.P. auf die Staatsführung mit einer überwältigenden Vertrauenskundgebung bestätigt. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte für die wirkliche Stimmung des Volkes und für die hoffnungslose Minderheit, in der sich das Kabinett Brüning in ganz Deutschland befindet, dann ist er heute in Oldenburg für das ganze deutsche Volk erbracht worden. Was gedenkt Herr Dr. Brüning und sein Kabinett morgen mittag um 12 Uhr dem Herrn Reichspräsidenten zu erklären?"

Polens Gesandter erkundigt sich

Berlin, 28. Mai. Es wird jetzt von amtlicher Stelle mitgeteilt, daß in diesen Tagen der polnische Gesandte in Berlin, **Wissotzki**, gelegentlich eins der stets üblichen geschäftlichen Besuche sich auch wegen der Stellungnahme des **Auswärtigen Ausschusses** beim Reichstage erkundigt hat.

Wir berichteten, daß in diesem Ausschuß ein Antrag der Nationalsozialisten angenommen worden ist, die polnische Regierung nicht um unklaren darüber zu lassen, jeder **Angriff** auf den **Freistaat Danzig** als eine Bedrohung deutscher Lebensinteressen betrachtet werden würde. Am Tage nach der Annahme dieses Antrages hat Wissotzki eine Rücksprache darüber mit Staatssekretär von **Bülow** im Auswärtigen Amt gehabt. Amtlich wird Wert darauf gelegt, daß es sich dabei nicht um eine polnische Demarche gehandelt habe. Gleichzeitig ist bei dieser Gelegenheit dem polnischen Vertreter die deutsche Auffassung über die **Befestigungen** in dem dafür freien **Heilsberger Dreieck** klar gelegt worden.

Deutschlands größte Sorge

Brüning über das Problem der Arbeitslosen

Ein Appell zu internationaler Zusammenarbeit

Berlin, 28. Mai. Der Verein der ausländischen Presse in Berlin veranstaltete am Samstag abend im Hotel „Adlon" sein Jahresbankett, zu dem außer den Vertretern der internationalen Presse zahlreiche hohe Diplomaten und Vertreter der Reichsregierung und der Behörden erschienen waren. Nach einer Begrüßungsansprache stellte Nuntius Orsenigo als Doyen fest, daß seit langem auf den noch so ehrlichen Bestrebungen der Politiker und Diplomaten das Völkerleben in seinen normalen Gang zu bringen, eine verhängnisvolle Unfruchtbarkeit laste, weil es an der Atmosphäre des internationalen Wohlwollens fehle, d. h. an jener Liebe unter den Völkern, die sehr wohl neben einer aufrichtigen Vaterlandsliebe bestehen könne. Der Nuntius richtete an die internationale Presse einen starken Appell, einen „Kreuzzug" im Dienste des internationalen Wohlwollens zu führen, den die gegenwärtige Stunde verlange, damit die Nationen lernten, sich mehr zu achten und sich besser zu verstehen, sich mehr zu lieben, um sich dann gegenseitig zu helfen.

Hierauf nahm

Reichskanzler Dr. Brüning

das Wort und führte u. a. aus: Ich bin Ihrer freundlichen Einladung als Außenminister gefolgt, möchte aber diesmal nicht zu den Problemen der Außenpolitik, über die ich sowohl vor der deutschen Presse als auch im Reichstag jüngst ausführlicher gesprochen habe, sondern als Reichskanzler zu innerdeutschen Problemen Stellung nehmen. **Das fundamentale Problem, das uns — fast wörtlich genommen — Tag und Nacht beschäftigt, ist das Problem der Arbeitslosen.** Eine neue Plage der Menschheit, akut in der ganzen Welt, aber von einer geradezu unheimlich drückenden Schwere in Deutschland. Sie kennen die Ziffer, die den Rahmen unermeßlichen materiellen und moralischen Elends umschließt. Sechs Millionen Arbeitslose, deren Geschick die gleiche Anzahl von Angehörigen trifft, also rund ein Fünftel unseres Volkes! Unter diesen **sechs Millionen Arbeitslosen** zwei Millionen, also ein Drittel, unter 25 Jahren Arbeitslos also in einem Alter, wo physische Kraft und Willensstruktur am stärksten zur Betätigung drängen. Von diesen zwei Millionen ist eine Million unter 21 Jahren. **Eine Million junger Menschen** also, die das Leben vor sich haben, ohne eine Arbeitsstätte zu

finden. Eine geraume, in ihren Ursachen unverstandene Funktionsstörung des modernen Wirtschaftsorganismus verdammt sie dazu, sich als überflüssige und unnützige Mitglieder der Gesellschaft zu empfinden. Wundert Sie, meine Damen und Herren, daß in den Herzen und Sinnen dieser Millionen Jugendlicher ein Radikalismus aufquillt, der nur von Untergang und Zerschlagung des Bestehenden Besserung erwartet?

Es ist ja bekannt, daß die **Rohstoffländer nicht wissen, wo** sie mit ihren Rohprodukten, ihrem Getreide, ihrem Zucker, ihrer Baumwolle und ihren sonstigen Naturerzeugnissen hin sollen. Sie ersticken im Ueberfluß hieran, da die Kauf- und Konsumkraft anderer Teile des Erdballes auch zu unwahrscheinlich niedrigen Preisen nicht in der Lage ist, sie aufzunehmen. Nicht der Mangel an den Warengattungen des primitivsten Bedarfs ist das Problem, um das wir alle ringen. Nicht die Ernährungsfrage und auch nicht die Ernährungsfrage der Arbeitslosen ist das Entscheidende, sondern ebenso wichtig ist neben der Frage der **Nahrungsversorgung, die Frage der Arbeitsbeschaffung und des Absatzes der Arbeit.**

Gewiß, auch die Beschaffung der Ernährung und Kleidung beginnt in ein bedrohliches Stadium zu treten. Die Unterstützungssätze der Arbeitslosenversicherung, die sich seinerzeit bei Begründung der Arbeitslosenversicherung vor vier Jahren pro Unterstützungsempfänger mit Familienzuschlägen monatlich auf annähernd 90 RM. durchschnittlich stellten, sind fast auf die Hälfte, auf etwa 50 RM. zurückgegangen. Das ist schon ein Satz, der, wenn man bedenkt, daß damit alle Ausgaben auch für Wohnung usw. bestritten werden müssen, in unserem Klima und bei den Lebensbedingungen in Deutschland einen erschreckenden Tiefstand darstellt. Bei einem gewissen Tiefstand der Lebenshaltung schwindet mit psychologischer Zwangsläufigkeit die Geneigtheit irgendwelcher Belehrung, irgendwelchen Argumenten der Staatspolitik oder der Vernunft zugänglich zu sein. Neben dieser materiellen Frage die garnicht auszudenkende moralische Schädigung, die seelische Deklassierung, welche die Arbeitslosigkeit, die Ausschließung von dem lebenspendenden Moment der Arbeit mit sich bringt.

Wie kann der Staat für Arbeit sorgen? Gegenüber allen Lockungen durch künstliche Mittel Geld bereit zu stellen, ist die Reichsregierung aus Verantwortungsbewußtsein fest geblieben. Sie würden zur unaufhaltsamen Entwertung der Reichsmark führen. Eine **zweite Inflation** würde das Volk nicht überstehen, ohne in unrettbares Chaos zu versinken. Es bleibt also nur übrig, Wege zu beschreiten, die ohne die Herbeiführung einer Inflation, ohne die Gefährdung der deutschen Währung den Arbeitslosen Tätigkeit verschaffen und dadurch sie und die Volksgesamtheit vor seelischer und moralischer Vernichtung schützen. Es ist ein Problem, das der **Quadratur des Zirkels** gleicht und Sie werden es verstehen, wenn die Reichsregierung ihre ganze Kraft daran wendet, aus diesem **Labyrinth des Unheils** einen Weg ins Freie zu finden. Wir werden die von uns geprüften Wege beschreiten und nichts unversucht lassen, um die Arbeitslosen oder wenigstens einen Teil von ihnen von dem Fluche ihres jetzigen Zustandes zu befreien und ihnen **durch Arbeitsbeschaffung Kraft und Hoffnung zu neuem Leben zu gewähren.** Ich will diese Wege und Möglichkeiten nicht hier im einzelnen skizzieren. Neben dem, was das Reich zur Vergebung öffentlicher Arbeiten durch die in Aussicht genommene Prämienanleihe und innere Maßnahmen finanzieren kann, kommen insbesondere **Siedlung und freiwilliger Arbeitsdienst** in Betracht. Ich kann dieses Gesamtproblem, dessen Größe und weitüberragende Wichtigkeit Sie alle kennen, nicht hier in seinen Einzelheiten verfolgen. Es ist das auch gar nicht nötig. Sie werden aber von der Wahrheit meiner Eingangsworte überzeugt sein, daß es sich hier um die Frage handelt, gegen die alle anderen weit, weit zurücktreten und Sie werden es begreifen, wenn ich Ihnen wiederhole, **daß vier Lösungen gefunden werden müssen, wenn Erschütterungen vermieden werden sollen, deren Ausmaß sich auszudenken keine Phantasie stark genug ist.**

Aber eins bitte ich dabei zu bedenken: **Deutschland kann diese Frage, die für uns die schlechthin entscheidende ist, nicht allein lösen, selbst wenn es ihm gelingen sollte, auf diesem Gebiete wie auf vielen anderen menschlicher Betätigung bahnbrechend voranzugehen. Von der Geißel der Arbeitslosigkeit, die alle Welt ergriffen hat, kann sie auch nur durch gemeinsame Aktion befreit werden, und hier bin ich schon** — wenn ich es auch nicht wollte — **wieder auf dem Gebiet der auswärtigen Politik. Die Weltwirtschaftskrise, durch deren Beseitigung oder wenigstens Milderung schließlich allein die Rettung kommen kann, kann nur im gemeinsamen Zusammenwirken aller gelöst werden.** Ihre erste Voraussetzung ist, was oft genug von allen Einsichtigen wiederholt worden ist, und ich muß es auch am heutigen Abend wiederholen: Die Herstellung des **Vertrauens.** Dies kann aber nur wiederhergestellt werden durch die Lösung der bekannten politischen Fragen, welche das Auftauchen dieses Vertrauens bislang gehemmt oder unmöglich gemacht haben.

Stegerwald über die Wirtschaftskrise

Berlin, 27. Mai. Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald hielt in der Deutschen Wirtschaftlichen Gesellschaft einen Vortrag über Wirtschaftskrise und Sozialpolitik. Der Minister wandte sich zunächst gegen die Auffassung, daß man die Lohn- und Sozialpolitik losgelöst von der übrigen Politik behandeln könne. Sehr fragwürdig sei es auch, an eine Morgenröte des wirtschaftlichen Liberalismus glauben zu wollen. Im Zeitalter der internationalen Kartell- und Trustwirtschaft, in dem in Italien der Faschismus, in Rußland der Kommunismus herrsche, liege der **Wirtschaftsindividualismus in weiter Ferne.** Falsch sei auch die Meinung, daß der staatliche Lohnschutz an der gegenwärtigen wirtschaftlichen Misere so großen Anteil habe, wie man gegenwärtig glaube. In dem außenpolitisch und innenpolitisch gleich schweren Jahre 1932 seien **lohn- und sozialpolitische Experimente jedenfalls nicht angängig.** Aus der Entwicklung des deutschen Sozialzustandes und der Sozialversicherung zog der Minister die Folgerung, daß, möge man zur Privatwirtschaftsordnung stehen wie man wolle, die Zeit des Niederbruches jedenfalls denkbar ungeeignet sei zur Sozialisierung. Für die **Arbeitnehmer** resultiere aus dem Uebergang von der Ueberschußwirtschaft, die Deutschland vor dem Kriege betrieben habe, zur heutigen Defizitwirtschaft zweierlei: Einmal: je höher die Beiträge zur Sozialversicherung, desto geringer der noch verbleibende Lohn und weiterhin: Je größer in einem kapitalarmen Lande Sozialabgaben, desto geringer der Kreis derjenigen, der beschäftigt werden kann. In diesen Tagen stehe nun die Frage zur Entscheidung, **ob die Beiträge zur Arbeitslosenhilfe erneut erhöht werden sollen,** um die Arbeitslosen über den künftigen Winter hinüberzubringen. Dabei müsse man sich klar sein, daß jede neue Belastung der Produktion so oder so viel Arbeitslose mehr bedeute. Es könne nicht mehr als Politik angesprochen werden, neue produktionsbelastende Steuern zu erheben, um die damit neu arbeitslos Werdenden unterstützen zu können. Objektiv gesehen, seien sowohl die Vorstellungen in Arbeitnehmerkreisen, wir befänden uns im Stadium der Zerschlagung der Sozialpolitik falsch, wie jene in Arbeitgeberkreisen, daß die Sozialpolitik keine Rücksicht nehme auf die derzeitige Lage der deutschen Wirtschaft. Bis jetzt sei sozialpolitisch nichts zerschlagen, bis jetzt sei lediglich ein Abbau der Leistungen erfolgt, nicht aber ein Abbau der Einrichtungen.

Dieser **Abbau der Leistungen** sei nicht bloß als Verzicht anzusehen, sondern auch als Mittel zur Erhaltung des Wichtigsten. An der Krankenversicherung könne bestimmt nicht mehr viel geändert werden. Wenn die **Invalidenversicherung** in den nächsten Wochen in Balance gebracht sei, seien weitere Einsparungen auch bei ihr kaum noch möglich. Die **Unfallversicherung** sei durch weitere Rentenkürzungen nicht in Ordnung zu bringen. Auf organisatorischem Wege seien bei der Arbeitslosenfürsorge ganz große Ersparnisse nicht mehr möglich.

Dr. Stegerwald wandte sich der Frage zu, **wohin die deutsche Sozialpolitik** im Hinblick auf Deutschlands Gesamtlage in den nächsten Jahren steuern müsse. Auf längere Sicht und im Großen gesehen, führte er u. a. aus, stehen wir vor **drei Möglichkeiten:**

1. Zurück zum **Individualismus,** zur weitestgehenden Wirtschaftsfreiheit; daran vermag ich nicht zu glauben.

2. **Sozialismus.** Ich glaube, daß es gut gehen kann, wenn im Tempo der Entwicklung zum Sozialismus und seinen verschiedenen Abarten so weiter fortgefahren wird, wie in den letzten Jahren.

3. Weitgehende **wirtschaftliche Selbstverwaltung** der Beteiligten. Ohne Selbstverwaltung gibt es kein wirtschaftliches Hineinwachsen der breiten Volksschichten in Staat und Wirtschaft. Auch die wirtschaftliche Konstitution kommt. Wir müssen meines Erachtens wieder **zurück zum Tarifvertrag, zur Tarifgemeinschaft.** Tarifverträge müssen zu Gewerbegesetzen ausgestaltet werden. Wie politisch, so ist auch in der Wirtschaft Selbstverwaltung nicht möglich ohne straffe Staatsaufsicht. Das heutige Tarifvertragswesen kommt mir zu eng vor; damit werden die Arbeiter und Gewerkschaften nie vollwertige Organe der Volkswirtschaft.

Aehnliches, was für die öffentliche Verwaltung gilt, gilt für die Organisation der **Sozialversicherung.** Der Staat wird auf die Dauer mit der Sozialversicherung bestimmt nicht fertig. **Von 44 Millionen Wählern stellen heute mehr als die Hälfte unmittelbar materielle Forderungen an den Staat.** Die Parteien, die keine Versprechungen machen, verlieren die Wähler. Es fehlt eben das Regulative, weil es zudem in Deutschland Parteien gibt, die grundsätzlich in Opposition zu dem Staat stehen und daher das, was sie fordern und versprechen, nie einzulösen brauchen. Die Sozialversicherung muß in absehbarer Zeit sehr viel mehr den Versicherten überantwortet werden. Selbstverständlich muß auch darüber eine straffe Staatsaufsicht bestehen. Von den unmittelbar bevorstehenden Aufgaben, die die Sozialpolitik stark berühren, möchte ich drei nennen:

1. Die Schaffung einer einfachen, klaren und billigen Staatsorganisation. Das ganze deutsche **Steuerwesen** muß einfach, klar und wirtschaftsfördernd gestaltet werden. Der endgültige **Finanzausgleich** zwischen Reich, Ländern und Gemeinden und die **endgültige Regelung der Arbeitslosenfürsorge** stellen uns vor eine Steuerreform großen Stils.

2. Es muß Klarheit bestehen über die Behandlung der **Lohnfrage.** Ich bin für Aufrechterhaltung des staatlichen Lohnschutzes. Der Zwangsschiedsspruch muß aber künftig mehr in den Hintergrund treten. Die Regel muß die freie Vereinbarung sein, zu der der Staat mit seinen Schlichtungsorganen Hilfsstellung zu leisten hat.

3. Die **Arbeitslosenfrage** wächst sich neben der Außenpolitik immer mehr zu der deutschen Frage aus. Ein einziges großes Mittel zur Behebung oder auch nur stärkeren Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit gibt es nicht. Die zwei größten Mittel, die bisher genannt wurden, sind einmal die Arbeitsbeschaffung großen Stils und die öffentliche Hand vermittels Kreditschöpfung, ferner eine andere Verteilung der vorhandenen Arbeit vermittels gesetzlich verkürzter Arbeitszeit. Mit ein oder zwei größeren Mitteln ist in der Tat der Arbeitslosigkeit nicht beizukommen. Es müssen vielmehr alle gangbaren Wege beschritten werden, als da sind: energische Mitwirkung Deutschlands an der Wiederherstellung des Vertrauens in der Welt, Schaffung gesicherter und politisch gefestigter Verhältnisse im Innern, Liberalität in der Kredit- und Zinsenpolitik, Arbeitsbeschaffung, soweit diese ohne Gefährdung der Währung möglich und vertretbar ist, bessere Verteilung der vorhandenen Arbeit, Erweiterung des Freiwilligen Arbeitsdienstes usw. Der Minister schloß: Entweder wir überstehen das Jahr 1932 durch gegenseitige Stützen und Helfen, oder aber das deutsche Volk bringt sich selbst um seine Zukunft für Jahrzehnte.

Die Reichspost im Rechnungsjahr 1931

Berlin, 28. Mai. Dem Reichstag ist vom Reichspostministerium ein Tätigkeitsbericht über das Rechnungsjahr 1931, vorgelegt worden. Danach lagen die Verkehrszahlen fast überall unter denen des Vorjahres. Nach dem vorläufigen Ergebnis ist bei einer Betriebseinnahme von rund 1914 Millionen RM. für das Rechnungsjahr 1931 mit einem **Einnahmeausfall von etwa 216 Millionen RM.** zu rechnen; er wird zu sechs Siebenteln gedeckt durch die auf allen Gebieten vorgenommenen Einsparungen, das restliche Siebentel mit rund 30 Millionen RM. muß der gesetzlichen Rücklage entnommen werden.

Das Gebot der Stunde

Oxford, 28. Mai. In einem hier abgehaltenen Vortrag über die Weltwährungskrise erklärte der bekannte schwedische Wirtschaftler Professor Gustav Cassel, ein reibungsloser Gang der Goldwährungsmaschinerie werde unmöglich sein, solange die Kriegsschulden bestehen bleiben. **Die erste Vorbedingung für die Wiederherstellung der internationalen Goldwährung sei die vollständige Streichung aller Kriegsschulden. Eine einfache Zahlungsstundung von einigen Jahren würde keinen Zweck haben,** denn die Befürchtung, die gegenwärtige Krise könnte sich wiederholen, würde den Weg zur wirklichen Wiederaufrichtung sperren. Professor Cassel sagte zum Schluß, es sei zu erwarten, daß jeder Versuch, die Zahlungen der Kriegsschulden wieder aufzunehmen, eine neue Krise herbeiführen werde. **Die Streichung dieser Schulden sei also ein zwingendes Gebot.**

Die Freien Gewerkschaften zur kommenden Notverordnung

Berlin, 28. Mai. Die Vorstände des ADGB. und des Afa-Bundes haben nochmals zu der bevorstehenden Notverordnung Stellung genommen. Die Vorstände fordern die Regierung auf, die **Arbeitsbeschaffungsanleihe** unverzüglich aufzulegen. Der Plan einer **Beschäftigungssteuer,** die allen Arbeitnehmern ohne Rücksicht auf eine untere wirtschaftlich tragbare Grenze des Arbeitseinkommens auferlegt werden soll, **wird abgelehnt** und an ihrer Stelle ein prozentual festzusetzender Anteil als Notopfer aller Steuerpflichtigen verlangt.

Abonniert das „Durlacher Tageblatt"

Hetzjagd hinter Ellinor

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[19

Es fehlte ihr etwas, wenn er nicht am Tisch saß. Sie hatte kaum essen können.

Sie war sich jetzt ganz klar darüber: es war töricht gewesen, das Anerbieten des Amerikaners glattweg abzuschlagen. Sie hätte mit ihm reden, ihn wenigstens um Rat fragen sollen.

Was sollte sie nun beginnen, wenn sie drüben war? Wohin sollte sie sich wenden? Viel Geld besaß sie nicht mehr. Das sorgenfreie Leben würde in dem Moment aufhören, in dem sie festen Boden betrat.

Wenn sie den Amerikaner wieder treffen würde, wollte sie ihn einfach ansprechen. Mochte es werden, wie es wollte.

Plötzlich schoß ihr brennende Röte ins Gesicht. Dort drüben stand er, an die Reling gelehnt. Er hatte ihr den Rücken zugekehrt, starrte in die wogende See.

Auf einmal stand sie neben ihm.

„Mein Herr!"

Sie verstummte vor seinem erstaunten Blick, ließ ihre ausgestreckte Hand heruntersinken.

Dann stammelte sie:

„Ich möchte ja gern mit Ihnen gehen..."

Ein heller Schein leuchtete über sein finsteres Gesicht. Beide Arme streckte er Ellinor entgegen.

„Oh! Das ist schön! Ich freue mich sehr!"

Ohne viel Worte zu machen, zog er Ellinor mit sich fort — schritt das Deck mit ihr auf und ab.

„Es ist sonst nicht meine Art, so schnell Freundschaft zu schließen. Aber ich weiß nicht, was mich zu Ihnen zieht. Ist es Ihre Jungenhaftigkeit, Ihre Hilflosigkeit oder nur die seltsame Aehnlichkeit, die Sie mit dem Menschen haben, der mein alles war: mit meinem Bruder?

Hören Sie zu. Ich bin Engländer, wie Sie selbst, aus Staffordshire. Unter traurigen Verhältnissen war ich aufgewachsen. Mein Vater war früh gestorben, als Grubeningenieur bei einer Schlagwetterkatastrophe verunglückt. Meine Mutter blieb zurück mit zwei Jungens, der kleine war erst drei Jahre alt.

Ich war schon beinah mit dem Gymnasium fertig, wurde aber schnell aus dem Studium gerissen, da meine Mutter das teure Schulgeld nicht mehr bezahlen konnte. Es ging nicht anders; ich mußte mit verdienen. Trotzdem klopfte oft die Not erbarmungslos an unsere Tür.

Ich arbeitete als Bergmann in Vaters früherer Grube. Mit zusammengebissenen Zähnen ertrug ich mein Los. Alle meine Hoffnungen waren zertrümmert. Ich hatte mit Leib und Seele gelernt, war gut vorwärts gekommen, hätte es zu etwas bringen können. Jetzt war ich nichts als ein schmutziger Bergmann, noch dazu verhöhnt von meinen Kameraden, die in mir nicht ihresgleichen sahen, sondern den Sohn ihres einstigen Vorgesetzten, der zu ihnen hatte herabsteigen müssen.

Als ich achtzehn Jahre alt war, starb meine Mutter. Sie hatte den Tod ihres Mannes nie verwinden können.

Mein kleiner Bruder kam ins Waisenhaus. Ich zog als Kostgänger zu fremden Menschen. Nichts war mehr übriggeblieben von dem ehemals so gemütlichen Heim der geliebten Eltern.

Ich konnte es daheim nicht mehr aushalten, rückte eines Tages aus, kam als Schiffsjunge nach Argentinien. Dort begann das übliche Hundeleben: Stiefelputzer, Kellner, Geschirrwäscher, Zeitungsjunge, Farmergehilfe — jedes Handwerk kam mir unter die Finger.

Hin- und hergeschleudert wurde ich, habe gedarbt und gehungert, nichts gesehen von den Freuden der Jugend. Ich kannte keinen anderen Gedanken als den, vorwärts zu kommen. Und ich habe mehr erreicht, als das, was ich erträumt habe. Mit dreißig Jahren war ich ein gemachter Mann. Ich besaß ausgedehnte Ländereien, die große Petroleummengen brachten und damit Gold, immer wieder Gold.

Für kurze Zeit fuhr ich nach England zurück, um meinen Bruder zu mir zu holen, der damals fünfzehn Jahre alt war. Er hatte alles Schreckliche durchkosten müssen, das einem Kinde winkt, wenn es der Gemeinde zur Last fällt. War von einer habgierigen, verhungerten Fürsorgemutter zur anderen gestoßen worden, von einem Freitisch zum anderen gewandert.

Er war mein Alles; er sollte bei mir das Böse vergessen, das er erlebt hatte. Ich hegte und pflegte ihn. Mit ihm erlebte ich die Freuden der Jugend, die mir versagt geblieben waren. Aber — all das Schöne dauerte nur kurze Zeit. John war schwach geblieben und kränklich, kein Mittel hatte ihm helfen können.

Keine der konsultierten Autoritäten, nicht die eifrigste Pflege hatte das schleichende Leiden aufhalten können, das in dem zarten Körper steckte. Er war fünfundzwanzig Jahre alt, als er starb. Jetzt vor drei Jahren, es war fast um diese Zeit.

Ich hatte alles mit ihm verloren, meine ganze Lebensfreude.

Was nützte mir noch mein Geld, mein Schaffen? Niemand war mehr da, der es mit mir teilen konnte.

Und jetzt auf einmal, bei dieser Ueberfahrt, sehe ich so ein kleines, schmächtiges Bürschchen, das ganz meinem John glich, mit Augen, in denen ein großes Leid zu schlummern schien. Ich glaubte zuerst wahrhaftig, daß John auferstanden war, der dort saß und verstohlen zu dem großen Bruder herüberschaute, vor dem er sich wohl immer ein wenig gefürchtet haben mochte.

Und ich sitze da, starre hin und kann es nicht fassen — sehe Sie dann hilflos weinend zwischen dem Takelwerk. Nun, das andere wissen Sie ja alles.

My boy! Ich bin alt und vielleicht auch wunderlich. Die Menschen mögen es vielleicht für eine Marotte halten, aber ich bin allein und hungrig nach einem jungen, lieben Menschen, der mein Bruder ist und der zu mir gehört. Willst du, little boy?"

„Ja, ja! Ich will! Hoffentlich werden Sie es nicht bereuen?"

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg